

Niedersächsischer Landtag – 16. Wahlperiode – 24. Plenarsitzung am 10. Dezember 2008

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Nächster Redner ist Herr Schwarz für die SPD-Fraktion.

Uwe Schwarz (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst geht mein Dank an das Ministerium, insbesondere an Herrn Koy und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für die umfassende Beratung und auch die zügige Nachlieferung der im Sozialausschuss erbetenen Unterlagen.

(Beifall bei der SPD)

Der Turbokapitalismus hat eine Finanz- und Wirtschaftskrise ausgelöst, die sich mittlerweile immer mehr in die Mitte der Gesellschaft frisst. Deren Spaltung vertieft sich zusehends. Soziale Gerechtigkeit und Solidarität zwischen Starken und Schwachen sind nicht nur eine moralische Verpflichtung. Sie haben vielmehr den sozialen Frieden in unserem Land seit Jahrzehnten maßgeblich gesichert. Ich finde, das muss so bleiben und sich im Übrigen gerade in der Krise erneut bewähren.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Das sind schöne Worte!)

- Sie sollten, bevor Sie solche Zwischenrufe machen, einmal darüber nachdenken, wie es Menschen geht, die gerade ihren Arbeitsplatz verlieren.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Jetzt ist eine Politik der Ernsthaftigkeit und Substanz gefordert. Aber auch dieser Haushalt zeigt erneut, dass Sozialpolitik bei Ihnen allenfalls vor Wahlen kurzfristig Konjunktur hat.

(Norbert Böhlke [CDU]: Wir sind nach den Wahlen!)

- Eben. - Obwohl der Sozialetat nur 13 % vom Gesamthaushalt ausmacht, muss er erneut allein 30 % der globalen Minderausgabe erwirtschaften. Das heißt, den von der Koalition gefeierten Verbesserungen von insgesamt 600 000 Euro stehen im Sozialetat tatsächlich Kürzungen von 29 Millionen Euro gegenüber. Das ist meines Erachtens in der Krise absolut kontraproduktiv. Es macht aber auch deutlich, welchen inhaltlichen Einfluss die Sozialministerin in diesem Kabinett hat, nämlich gar keinen.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Der Ministerpräsident begrüßte im Bundesrat das Konjunkturprogramm der Bundesregierung u. a. mit den Worten: Es ist besser, ein Licht anzuschalten, als im Dunkeln zu jammern. - Zu Hause aber findet er selber noch nicht einmal den Lichtschalter.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

EU, Bund und andere Bundesländer ziehen Investitionen vor, um Arbeitsplätze zu sichern. Zeitgleich zieht sich Niedersachsen aus Teilen der Städtebauförderung zurück. Ich finde, das ist ein absoluter Skandal.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Sie sind an dieser Stelle im Übrigen Wiederholungstäter. Sie hatten das Wohnungsbauprogramm und dann die Stadtsanierung ausgesetzt. Die Mittel für den Stadtumbau West wurden drei Jahre lang überhaupt nicht abgerufen. Diese Koalition hat mit diesem Verhalten in den vergangenen Jahren der Bauwirtschaft fast 1 Milliarde Euro an Investitionen vorenthalten und damit zusätzliche Arbeitsplätze verhindert.

(Zustimmung von Wolfgang Jüttner [SPD])

2009 lassen Sie nun die Bundesgelder des Investitionspakts für Kommunen zur energetischen Gebäudesanierung verfallen. Das ist ein weiterer Schlag ins Kontor der niedersächsischen Bauwirtschaft und darüber hinaus ein verheerendes Signal an die Kommunen.

(Beifall bei der SPD)

Hinzu kommt das neue, ebenfalls nicht gegenfinanzierte Bundesprogramm für denkmalgeschützte Gebäude.

Insgesamt verzichtet die Landesregierung damit auf eine Konjunkturspritze von rund 300 Millionen Euro. Ich sage Ihnen: Wer so verantwortungslos mit Arbeitsplätzen umgeht, sollte schnellstens seinen Platz räumen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Beschämend finde ich im Übrigen auch die Reaktion des Landes auf die aktuellen Armutszahlen. 1,2 Millionen Menschen und damit jeder siebente Niedersachse, vor allem aber 20 % der Kinder unter zehn Jahren gelten als arm. Bei Alleinerziehenden mit zwei Kindern lag diese Quote sogar bei über 30 %. Armut hat in Niedersachsen ein Kindergesicht. Das dürfen und das werden wir nicht akzeptieren.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Dr. Manfred Sohn [LINKE])

Als Reaktion auf die Armutszahlen Ihrer Regierung stellt die Sozialministerin einen ab 2009 geplanten Sonderfonds für benachteiligte Kinder und Familien vor.

(Norbert Böhlke [CDU]: Zusätzlich!)

250 000 Euro für 200 000 Kinder, das sind 1,25 Euro pro Kind und pro Jahr.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das ist ja ein echter Knaller!)

Dazu erklärte Frau Ross-Luttmann:

„Das ist ein echter Mehrgewinn für Benachteiligte, Eltern und Kinder.“

Meine Damen und Herren, das ist kein Mehrwert, sondern die pure Verhöhnung der betroffenen Kinder.

(Starker Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Ich füge im Übrigen hinzu: Wer - wie die Regierung Wulff - die Lernmittelfreiheit und die Hausaufgabenhilfe abschafft, wer darüber hinaus Familien Studiengebühren aufdrückt, der zerstört die Bildungschancen der Kinder und verschärft nachhaltig die Kinderarmut in diesem Land.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der LINKEN)

Wir akzeptieren auch nicht, dass Ältere bei Banken und Versicherungen und im Gesundheitswesen, aber auch in anderen Bereichen diskriminiert werden.

Wir schlagen deshalb ein Landesprogramm zur Bekämpfung der Altersdiskriminierung mit einem Volumen von 1 Million Euro vor. Wir halten das für zielführender als die Erfindung immer neuer Servicebüros. Jugendbüros, Kinderservicebüros, Mehrgenerationenhäuser, Selbsthilfebüros, Bürgerbüros, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Krankenkassen und jetzt auch noch Seniorenservicebüros - da blickt keiner mehr durch und, wie ich finde, schon gar nicht die Betroffenen. Diese Angebote sollten zusammengeführt werden, am besten im örtlichen Bürgerbüro. Das hilft den Betroffenen auf alle Fälle mehr als sich ständig wiederholende PR-Aktionen der Ministerin.

(Beifall bei der SPD)

Niedersachsen ist u. a. auch in der Altenpflege bundesweit das Schlusslicht. Das macht deutlich: Allein das C im Namen einer Partei garantiert noch keine Politik menschlicher Wärme und Nächstenliebe.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Der Landespflegebericht dieser Regierung sagt einen Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen auf 263 000 innerhalb der nächsten zehn Jahre voraus. Substanzielle Anstrengungen dieser Landesregierung - Fehlanzeige! Dabei ist die Unruhe überall spürbar: Dumpinglöhne, Tariffucht, die bundesweit niedrigsten Pflegesätze, Rückgänge bei der Altenpflegeausbildung, zunehmende Proteste und Demonstrationen, die Pflegealarmkampagne der Caritas, Protestbriefe der katholischen Bischöfe an Herrn Wulff und harte und offene Worte von Frau Käßmann.

Sehr geehrte Frau Ross-Luttmann, ich frage mich: Wieso brauchen Sie eigentlich schon wieder mehr als zwei Jahre, um ein Heimgesetz vorzulegen? Wo ist die Absicherung der Fachkräftequote? Wann gibt es endlich Ihre Entscheidung zu den von der Bundesregierung vorgesehenen trägerunabhängigen Pflegestützpunkten? - Sie können bei einem so dramatisch wichtigen Thema für die Menschen in diesem Land doch nicht versuchen, auch dieses Thema auszusetzen. Mein Gott, Sie heißen doch nicht Helmut Kohl! Irgendwann müssen Sie einmal in die Gänge kommen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir schlagen zur Vermeidung eines drohenden Pflegenotstandes als Mindestes die Berufung einer Expertenkommission vor, um auf der Basis des Landespflegeberichtes ein Handlungskonzept zu erstellen.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Das ist eine gewaltige Forderung!)

Der Landesjugendring hatte Ihnen vor der Landtagswahl den Spiegel Ihrer bisherigen Jugendpolitik vorgehalten. Um fast 4 Millionen Euro hatten Sie die Mittel für die Jugend beschnitten. Nach wie vor fehlt es an einem ganzheitlichen Konzept der Jugendpolitik. Überörtliche Jugendhilfe findet in Niedersachsen überhaupt nicht mehr statt.

Gerade unter Beachtung der Shell-Studie 2007 ist eine Neuausrichtung der Jugendpflege überfällig. Im veränderten Rollenverständnis von Mädchen und Jungen fallen Jungen bekanntermaßen immer weiter hinten runter. Wir beantragen deshalb zusätzlich 100 000 Euro, um ein entsprechendes Projekt des Landesjugendrings zu fördern.

Wir halten darüber hinaus verstärkte Anstrengungen bei der Suchtbekämpfung für zwingend. Die zunehmende Alkoholproblematik bei immer jüngeren Kindern und Jugendlichen kann auch Ihnen nicht verborgen geblieben sein.

(Norbert Böhlke [CDU]: Ist sie auch nicht!)

Wir wollen gezielt für diesen Bereich zusätzlich 100 000 Euro einstellen.

(Norbert Böhlke [CDU]: Haben wir eingestellt!)

- Vielleicht virtuell, Herr Böhlke. Im Haushalt stehen sie nicht.

Seit 5. Dezember 2008 steht fest: Im Januar 2007 haben CDU und FDP im Zusammenhang mit der Privatisierung der Landeskrankenhäuser zwei verfassungswidrige Gesetze verabschiedet. Der GBD und alle Fachleute haben wiederholt auf die verfassungsrechtlichen Risiken hingewiesen,

(Helge Limburg [GRÜNE]: Wir auch!)

die entstehen, wenn private Betreiber in Grundrechte eingreifen. Immerhin geht es dabei um freiheitsentziehende Maßnahmen von psychisch kranken Menschen. Mit Ihrer Privatisierungsideologie haben Sie alles vom Tisch gewischt. Jetzt hat Ihre Regierung zu Recht die verdiente Quittung bekommen. Ich finde, mit zwei Juristinnen an der Spitze des Ministeriums, ist dies doppelt peinlich.

(Beifall bei der SPD - Norbert Böhlke [CDU]: Wovon reden Sie denn?)

Der plumpe Versuch der Staatssekretärin, die schallende Ohrfeige des Verfassungsgerichts in eine Bestätigung ihrer Privatisierung umzudeuten, ist an Hilflosigkeit kaum noch zu toppen.

(Beifall bei der SPD - Norbert Böhlke [CDU]: Ihr seid doch gescheitert!)

- Ich stelle fest: Auch Sie haben Leseschwierigkeiten;

(Norbert Böhlke [CDU]: Nein!)

denn wir haben die Privatisierung gar nicht beklagt. Wir haben vielmehr die unkontrollierte Übertragung von Kernbereichen des staatlichen Gewaltmonopols auf private Betreiber beklagt.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Das ist ein gewaltiger Unterschied!)

Genau diesem ist der Staatsgerichtshof gefolgt. Ich bin mir sicher, dass dies eine hochkomplexe und auch teure Angelegenheit für das Land wird. Es stellt darüber

hinaus eine neue Geschäftsgrundlage für die privaten Betreiber dar. In Wahrheit wollten Sie die Häuser mit Gewalt loswerden, u. a. deshalb, weil Sie bis heute nicht in der Lage sind, eine Psychiatrieplanung für das Land vorzulegen. Gleiches gilt übrigens nach wie vor für ein Konzept in der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Das, was Sie bisher erreicht haben, ist eine Niederlage vor dem Staatsgerichtshof.

(Norbert Böhlke [CDU]: Das ist überhaupt nicht wahr!)

Darüber hinaus haben Sie zwischenzeitlich die gesamte Psychiatrie dieses Landes massiv gegen die Wand gefahren. Dies geht ausschließlich zulasten der Patientinnen und Patienten!

(Beifall bei der SPD)

In unserem ländlich strukturierten Bundesland ist eine qualifizierte wohnortnahe Krankenhausversorgung unverzichtbar. Über einem Drittel der 200 Krankenhäuser in Niedersachsen geht gegenwärtig fast die Luft aus; ihre Existenz ist massiv bedroht. Was macht das Land?

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Es duckt sich!)

Seit dem Amtsantritt der Regierung Wulff sind die jährlichen Investitionsmittel für unsere Krankenhäuser drastisch zurückgefahren worden. Um die Menschen optisch zu täuschen - dies war gestern wieder der Fall und auch heute -, nennen Sie seit Neuestem immer die Gesamtsumme der Investitionen. Dadurch wird das allerdings unter dem Strich pro Jahr nicht mehr, meine Damen und Herren.

Mit 120 Millionen Euro Fördermitteln pro Jahr ist Niedersachsen mit großem Abstand Schlusslicht aller Bundesländer. Dabei erklären Sie immer stramm, dass Sie den Krankenhäusern Planungssicherheit geben. Das stimmt im Übrigen, weil sie sich relativ sicher sein können, dass sie in der Regel nichts bekommen.

(Beifall bei der SPD - Norbert Böhlke [CDU]: Das stimmt nicht!)

- Doch, das stimmt. Fragen Sie einmal Ihre kommunalen Vertreter, wie das vor Ort aussieht!

(Norbert Böhlke [CDU]: Ich bin selbst einer!)

Was wir dringend brauchen und einfordern, sind ein neues Landeskonzept zur zukünftigen Krankenhausstruktur und eine verlässliche Krankenhausinvestitionsplanung des Landes. Meine Damen und Herren, anstatt das vorzulegen, fährt Frau Ross-Luttmann zum Krankenhauspfeil der Bundesregierung erst gar nicht hin. Ich finde, dass ein solches Verhalten unverantwortlich ist. Hier vor Ort bluten unsere Krankenhäuser in der Substanz aus, und zu Gesprächen mit dem Bund fahren Sie nicht.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Sie sollten einmal erzählen, wie viele Ministerinnen und Minister überhaupt teilgenommen haben!)

Ich finde, Ihre Krankenhauspolitik ist absolut desaströs, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Vor 90 Jahren wurde in Deutschland das Frauenwahlrecht erkämpft. Peinlich fanden wir, dass Frau Mundlos versuchte, die Leistungen für die CDU zu reklamieren.

(Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Peinlich!)

In Wirklichkeit hat damals die SPD gegen erhebliche Widerstände der Bürgerlichen und Konservativen in Deutschland das Frauenwahlrecht durchgesetzt. Darauf sind wir mit Recht stolz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Bis heute allerdings ist die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern nicht erreicht. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist noch immer eine Illusion. Noch heute verdienen Frauen - auch in Niedersachsen - rund 25 % weniger als Männer. Es ist an der Zeit, dass das nicht mehr akzeptiert wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In Niedersachsen hat die Landesregierung die hauptamtlichen Frauenbeauftragten weitgehend abgeschafft.

(Norbert Böhlke [CDU]: Nein!)

Mit der Änderung des Gleichstellungsgesetzes wird Frauenpolitik auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf reduziert. Frauenförderpläne werden komplett gestrichen. Was wir brauchen, ist ein Qualifizierungs- und Beratungsprogramm für Frauen, um sicherzustellen, dass ihnen tatsächlich Führungsfunktionen übertragen werden, ohne auf die Familie verzichten zu müssen. Dies gilt sowohl für den öffentlichen Dienst als auch in der Privatwirtschaft. Eine Rückkehr zum adenauerschen Familienbild hingegen braucht diese Gesellschaft nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Darüber hinaus ist diese Landesregierung seit fünf Jahren deutscher Meister bei Erklärungen zum Kinderschutz. In der Sache selbst haben Sie im Prinzip vollständig versagt. Sie haben 2006 unseren Antrag zur Einrichtung eines landesweiten Kindernotrufftelefons übernommen. Diese Sozialministerin hat es noch nicht einmal geschafft, solch ein einfaches Telefon im Interesse der Kinder zu schalten. Nach 24 Monaten haben Sie diesen Haushaltsansatz nun komplett verschwinden lassen. Ich finde, ernsthafter Kinderschutz sieht wirklich ganz anders aus!

(Beifall bei der SPD - Norbert Böhlke [CDU]: Es gibt einen bundesweiten Telefonanschluss!)

- Ich weiß, dass es einen bundesweiten Telefonanschluss gibt. Wir haben uns zigmal darüber unterhalten. Das ist eine 15-stellige Nummer, die in Niedersachsen an drei oder vier Werktagen für drei Stunden geschaltet wird. Das ist doch für Kinder, die in Not sind, völlig ungeeignet! Hören Sie mit so einem Quatsch auf! Sie haben das drei Jahre nicht gebacken gekriegt!

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Wenn es ernst wird, dann schieben Sie im Zweifel die Verantwortung auf die Kommunen ab. Seit 2006 kündigt die Ministerin verbindliche Einladungen zu Kindervorsorgeuntersuchungen an. Drei Jahre haben Sie gebraucht, um endlich gestern die Überweisung des Gesetzentwurfs an das Parlament anzukündigen. Die

kommunalen Spitzenverbände haben im Übrigen vorsorglich schon einmal darauf hingewiesen, dass Sie dabei den nächsten Verfassungsbruch planen.

Sie kippen jedem Jugendamt 200 Adressen vor die Tür, unterstellen indirekt Kindeswohlgefährdung und lassen dann die Kommunen auf den Kosten sitzen. Wenn es um wirklichen Kinderschutz geht, dann ist diese Herumtrickserei nicht nur verwerflich, sondern zugleich auch eine Bankrotterklärung dieser Regierung.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Im Übrigen ist diese Doppelzüngigkeit gerade bei diesem Thema bei Ihnen nicht neu. Nehmen wir als Beispiel die Familienhebammen. Sie betonen wie wir die Notwendigkeit einer flächendeckenden Einführung und steuern jährlich lächerliche 70 000 Euro bei. Wo und wie viele Familienhebammen es tatsächlich gibt, schieben Sie den Kommunen zu. Dies hat dazu geführt, dass bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht einmal bei der Hälfte der Jugendhilfeträger Familienhebammen vorhanden sind.

Es bleibt deshalb bei unserem 22-Millionen-Euro-Kinderschutzprogramm u. a. für verbindliche Vorsorgeuntersuchungen in Kitas und Grundschulen, die flächendeckende Einführung von Familienhebammen und 50 Familienzentren als Anlaufstelle, und zwar aus Landesmitteln, weil wir der Auffassung sind, dass wir dieser Verantwortung selbst gerecht werden müssen und sie nicht wegschieben dürfen.

(Dorothee Prüssner [CDU]: Warum haben Sie es damals nicht gemacht?)

Dies lässt sich im Übrigen problemlos aus dem Programm „Familie und Zukunft“ umschichten.

Obwohl Sie dieses Geld - das hat Herr Böhlke auch heute wieder gesagt - wie Sauerbier aufdrängen, bleiben Sie seit Beginn dieser Aktion auf Ihrer Kohle sitzen. Lächerliche 2 Millionen Euro sind Sie 2007 aus dem 20-Millionen-Euro-Programm losgeworden. In diesem Jahr werden Sie nicht einmal die Hälfte dieses Geldes los. Es ist an der Zeit, meine Damen und Herren, dass Sie nach der Landtagswahl die mit diesem Programm verbundene Einpersonenshow beenden und dieses Geld endlich zielgerichtet für den notwendigen Kinderschutz einsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Am 3. Dezember, also in der vergangenen Woche, hat der Tag der Menschen mit Behinderungen aufgezeigt, wo in diesem Bereich Defizite sind. Die Streichung des Blindengeldes und deren nur widerwillige Teilrücknahme sind bei den Betroffenen nicht vergessen. Mit 220 Euro im Monat liegt Niedersachsen im untersten Bereich aller Bundesländer. Sie haben es jedenfalls geschafft, blinde Menschen in diesem Land so nachhaltig einzuschüchtern, dass das im Haushalt eingeplante Blindengeld nicht mehr abfließt; 5 Millionen Euro sind zum Jahresende noch im Pott.

Meine Damen und Herren, es geht um wirkliche Teilhabe und nicht um Fürsorge. Daher wäre es nach meiner Überzeugung eine Geste des Anstandes, dieses Geld durch eine moderate Anhebung des Blindengeldes endlich den Betroffenen zukommen zu lassen, für die es gedacht war.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen in diesem Land keine Behindertenhilfe nach Kassenlage der Kommunen, sondern wir wollen wirkliche Teilhabe. Wir lehnen jeden Versuch - er wird offensichtlich intern weiter vorangetrieben, als Sie es draußen vorgeben - der Kommunalisierung der Behindertenhilfe entschieden ab.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, für 0,5 Millionen Euro hat diese Landesregierung seit 2003 unzählige neue Preise, Wettbewerbe, Bündnisse, Runde Tische und sonstige öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen ins Leben gerufen. Frau Ross-Luttmann ist - das sei ihr gegönnt - dabei die ungekrönte Königin. Als Illusionskünstler wären Herr Wulff und seine Truppe auf jedem Jahrmarkt der absolute Hit.

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Sehr intelligent, was Sie da von sich geben!)

- Klar ist das klug. Es wäre gut, wenn Sie es umsetzen würden.

Frau Ministerin, Sie haben riesige Baustellen beim Kinderschutz, bei der Behindertenhilfe, bei der Pflege, beim Krankenhausbereich und bei der gesamten Psychiatrie. In der Frauen- und Jugendpolitik fallen Sie ohnehin weitgehend komplett aus. Zusätzlich warten wir seit zwei Jahren auf das angekündigte Heimgesetz, Krebsregistergesetz und Transplantationsgesetz. Die Schönwetterzeiten sind vorbei. Sie wie die gesamte Regierung Wulff arbeiten seit Ihrer Wiederwahl erkennbar lustlos, kraftlos und zusehends erfolglos.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Miriam Staudte [GRÜNE] - Reinhold Hilbers [CDU]: Das wird durch ständige Wiederholung auch nicht richtiger!)

Mit diesem Schlafwagenstil werden Sie angesichts der heraufziehenden Krise die nächsten vier Jahre nicht durchkommen. Ich verspreche Ihnen, dass wir dafür sorgen werden. Wir werden Ihnen Beine machen, damit die Sozialpolitik in diesem Land nicht noch weiter den Bach hinuntergeht.

(Starker Beifall bei der SPD und Zustimmung von Kreszentia Flauger [LINKE])